

Beschluss

beschlossen auf der ordentliche Landesversammlung
am 23./24.10.2010 in Würzburg

Gegenstand: **Leitantrag zur Wachstumsdebatte**

Besser ist mehr!

Mehr Lebensqualität statt Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum als neues politisches Leitbild

Wir Grüne setzen darauf, erfolgreiches Wirtschaften mit ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Fairness zwischen den Generationen und Geschlechtern zu verbinden. Unser Ziel lautet: „Immer Besser“ statt „Immer mehr“. Wir wollen Lebensqualität für Alle.

Jahrzehntelang war Wirtschaftswachstum in unserem Land quasi gleichbedeutend mit mehr Wohlstand für die meisten Deutschen. Noch heute beruht die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme auf der unrealistischen Annahme, das Wirtschaftswachstum bleibe hoch und stetig.

Doch in der globalisierten Wirtschaft erleben wir zunehmend, dass Wachstum nicht mehr automatisch höhere Einkommen oder mehr Arbeitsplätze nach sich zieht. Im Gegenteil: Die negativen Folgen einer einseitigen Orientierung auf Wachstum und Gewinnmaximierung sind mittlerweile unübersehbar.

Wir wollen die Fixierung der Politik auf hohe wirtschaftliche Wachstumsraten überwinden. Dabei lehnen wir Wachstum nicht per se ab. In Bereichen wie Bildung, Erneuerbare Energien oder Kinderbetreuung treten wir für mehr Wachstum ein. Doch Wachstum ist kein Wert an sich. Es hat nur dort seine Berechtigung, wo es einer besseren Lebensqualität aller dient.

Nur einer Politik, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich verantwortlich handelt, wird es gelingen, das Finanzsystem zu stabilisieren, die Verschuldung der öffentlichen Hand zurück zu fahren und für sozialen Ausgleich zu sorgen.

Die Krise des Systems

Bereits vor 40 Jahren gab es mahnende Stimmen, dass es kein grenzenloses Wirtschaftswachstum geben kann. Spätestens seit den ersten Alarmzeichen einer drohenden Klimakatastrophe und den schweren Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Jahre ist klar, dass wir nicht mehr so weiter wirtschaften können wie bisher. Was wir derzeit erleben, ist nicht nur eine vorübergehende konjunkturelle Krise, wie es manche glauben machen wollen. Wir haben es mit einer echten Systemkrise zu tun.

Die Vorstellung, die Weltwirtschaft müsse ständig „wachsen“, ignoriert den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Wirtschaftswachstum und die Endlichkeit der globalen Ressourcen.

Schon heute werden einige Rohstoffe knapp, die Artenvielfalt geht zurück, naturbelassene Räume schrumpfen.

Produktion und Konsum in den modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften basieren noch immer auf Verschwendung und Ausbeutung. Unser Lebensstil geht zu Lasten der Umwelt und kommender Generationen sowie vieler Menschen in anderen Weltregionen. Wir leben auf Pump, um fortwährendes Wachstum zu erzwingen. Einerseits werden oft die Selbstheilungskräfte des Marktes beschworen. Andererseits versuchen Regierungen immer wieder verzweifelt, mit Konjunkturpaketen künstlichen Bedarf zu schaffen, um so das herbeigesehnte Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die Effekte sind meist wenig nachhaltig, wie die „Abwrackprämie“ gezeigt hat; der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte wird dadurch jedoch in die Höhe getrieben.

Im Finanzsektor hat die Erwartung ständig steigender Renditen ganze Marktwirtschaften an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Hochriskante Wetten und fehlende Regulierung führten zu Spekulationsblasen, deren Platzen nur eine Frage der Zeit war. Dabei wurde in Kauf genommen, dass die Gewinne in der Boom-Phase von einer Minderheit abgeschöpft, die Verluste in Form einer riesigen Staatsverschuldung jedoch von der Allgemeinheit getragen werden.

Blindes Vertrauen auf Wirtschaftswachstum wirkt wie ein Schneeballsystem

Der Staatshaushalt und die sozialen Sicherungssysteme sind in unverantwortlich hohem Maße von der Konjunktur abhängig. Brummt die Wirtschaft, sprudeln die Einnahmen. Gibt es einen wirtschaftlichen Abschwung, bekommt der Fiskus Probleme. Vor allem, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden und weniger BeitragszahlerInnen für mehr LeistungsempfängerInnen aufkommen müssen, entstehen Defizite. In den letzten 35 Jahren hat jede Regierung versprochen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Doch wegen der steigenden Arbeitsproduktivität muss das Wirtschaftswachstum immer höher ausfallen, um noch positive Effekte auf den Arbeitsmarkt zu haben. Überlegungen, die Einnahmen der Sozialversicherungen durch Einbeziehung anderer Einkommensarten oder stärkere Steuerfinanzierung unabhängiger gegenüber konjunkturellen Schwankungen zu machen, wurden bislang abgeblockt. So lange die Politik mit stetigem Wirtschaftswachstum rechnet, fehlt der Handlungsdruck, die sozialen Sicherungssysteme und die Finanzstrukturen der öffentlichen Körperschaften zu reformieren. Öffentliche Haushalte auf der Basis der Hoffnung auf immerwährendes Wachstum bedeuten letztlich, die Bevölkerung einem Schneeballsystem zu überantworten.

Wachstum der sozialen Probleme

Wirtschaftswachstum löst auch keine sozialen Probleme. Denn der Zuwachs an materiellem Wohlstand und seine Verteilung sind zwei verschiedene Parameter. Die Schere zwischen Gering- und SpitzenverdienerInnen öffnet sich immer weiter, der Mittelstand schrumpft. Leistungen des Staates werden teurer oder eingeschränkt. Einsparungen sind notwendig, doch die Kürzungen der aktuellen Regierung treffen vor allem diejenigen, die ohnehin schon wenig haben. Deshalb muss über Umverteilung neu nachgedacht werden.

Wie können soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe auch bei geringem Wirtschaftswachstum sichergestellt werden? Wie können wir allen BürgerInnen eine menschenwürdige Existenz ermöglichen? Dabei geht es vor allem um Maßnahmen wie die Einführung von Mindestlöhnen und erst in zweiter Linie um die Erhöhung von Transferleistungen. Aber auch über radikale Konzepte wie ein Grundeinkommen muss unvoreingenommen diskutiert werden.

Probleme an der Wurzel packen

Finanzkrise, Eurokrise, Klimawandel, Arbeitslosigkeit, Welternährungskrise und Disparität zwischen Nord und Süd: eine Strategie, diese Herausforderungen nacheinander abarbeiten zu wollen, wäre zum Scheitern verurteilt. Zum einen haben all diese Probleme ihren Ursprung darin, dass die Industrieländer des Nordens über ihre Verhältnisse leben. Zudem dient unsere Lebensweise den Schwellenländern als Vorbild. Selbst wenn es ökonomisch funktionieren würde – die Übernahme westlicher Lebensstandards in Asien oder Südamerika würde den Kollaps vieler Ökosysteme be-

deuten. Zum anderen kann der Kampf gegen den Klimawandel und den Hunger auf der Welt nicht einfach warten. Hier muss schnell gehandelt werden.

Da die Ursache in unserer falschen Wirtschaftsweise liegt, muss hier angesetzt werden. Dazu gehört ein Umsteuern in der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dringend notwendig. Wir müssen uns aber auch um mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie um Gerechtigkeit im eigenen Land kümmern. Das macht klar: die Wachstumsdebatte gehört ganz oben auf die politische Agenda.

Für einen differenzierten Wachstumsbegriff

Sich der Wachstumsfrage anzunehmen, heißt nicht Wirtschaftswachstum zu verteufeln. Zumal dann nicht, wenn es gelingt, wirtschaftliches Wachstum stärker vom Umweltverbrauch zu entkoppeln. Wir müssen uns von dem Diktat befreien, Schuldenabbau und niedrige Arbeitslosigkeit seien nur bei einem Wirtschaftswachstum von 3% und mehr zu erreichen. Dies ist für die nahe Zukunft unrealistisch. Vielmehr müssen wir anstreben, dass bei einem an den Produktivitätsfortschritten angepassten „Trendwachstum“ von 1% und weniger dennoch unsere ökologischen und sozialen Ziele erreicht werden, wobei die Zielgröße die Nachhaltigkeit ist. Wachstum sollte Ergebnis und nicht Ziel des Handelns sein.

Suffizienz statt Raubbau

Hohes Wirtschaftswachstum bedeutet, die natürlichen Ressourcen und die Umwelt überzustrapazieren. Zwar konnten in den letzten Jahren Effizienzgewinne erzielt werden; viel zu oft wurden diese allerdings durch Mengeneffekte überlagert: etwa wenn die Wärmedämmung der Wohnungen besser wird, aber die Wohnfläche pro Kopf weiter steigt. Umwelt- und Klimaschutz verlangen also gleichermaßen nach Effizienz und Suffizienz.

Wir stellen uns an die Spitze dieser Bewegung, die für technologische Innovationen und politische Reformen gleichermaßen eintritt. Nur wenn wir selbst unser Wirtschaftssystem konsequent emissionsarm umbauen und Mobilität und Konsum umweltverträglicher gestalten, können wir aufstrebenden Industrienationen mit gutem Beispiel voran gehen.

Das Ziel muss lauten: nicht mehr, sondern besser. Nicht größer, sondern nachhaltiger.

Wohlstand ohne Wachstum – eine kulturelle Aufgabe

Eine Lebensweise jenseits des Wachstumsdogmas zu entwickeln ist nicht alleine eine Frage von Gesetzen oder Verordnungen, sondern ganz wesentlich eine kulturelle Aufgabe. Appelle an den Egoismus reduzieren die Menschen zu funktionierenden Rädchen im Wirtschaftssystem des immerwährenden Wachstums. Die Menschen sind und können mehr als das. Sie haben alle Fähigkeiten und Kompetenzen, die wir für die großen Zukunftsaufgaben brauchen. Sie haben die Fähigkeit, in schwierigen Situationen neue kreative Wege zu finden und die Bereitschaft zur Kooperation für eine gemeinsame Sache.

Nachhaltigkeit muss die soziale Norm werden, mit der wir uns innerhalb der Gesellschaft verständigen, und „Wohlstand jenseits des Wachstumswahns“ das Ziel. Das meint keine Verzichtsrhetorik, sondern eine Botschaft der Befreiung in bester Grüner Tradition. Verzicht kann auch einen Zugewinn an Unabhängigkeit bedeuten. Viele Menschen wollen längst heraus aus dem Hamsterrad des ständigen Mehr. Sie suchen ein erfülltes Leben ohne ständigen Druck, sie wünschen Stabilität, Reichtum in Beziehungen und Entfaltung ihrer Kreativität. Und auch das Bewusstsein, nicht länger nur auf Kosten anderer zu leben. Für diese neue Lebensqualität überzeugende Bilder zu finden, ist die kulturelle Aufgabe der nächsten Jahre.

Die Kultur im engeren Sinne – die Künste – können einen wichtigen Beitrag zu diesem Bewusstseinswandel leisten, denn sie sind die Reflexionsinstanz der Gesellschaft. Als teilnehmender Beobachter begleiten die Künste alle kulturellen Veränderungen und fordern die Menschen auf, sich kritisch und kreativ mit ihrer Gesellschaft auseinander zu setzen.

Konkrete Maßnahmen

Der Weg weg von der Wachstumsgesellschaft hin zu einer Gesellschaft der Lebensqualität ist nicht klar vorgezeichnet. Auch wird dieser Transformationsprozess nicht ohne Widersprüche, Rückschläge und Fehlritte zu bewältigen sein. Dennoch beginnt jeder Weg mit den ersten Schritten. Wir schlagen folgende konkrete Maßnahmen vor, mit denen die Emanzipation von der Fixierung auf Wachstum beginnt.

- Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform

Ziel der ökologischen Steuerreform ist es, ökologisch vernünftiges Verhalten auch ökonomisch sinnvoll zu machen. Dazu dienen sowohl Anreize für ökologisch begründete Maßnahmen als auch eine steuerliche Belastung von ökologisch kritischem Verhalten. Der Verbrauch endlicher Ressourcen - dazu zählen z.B. Emissionen klimaschädlicher Gase genauso wie der Flächenverbrauch - soll steuerlich belastet und damit teurer werden. Anreize sollen gesetzt werden im Bereich Energie- und Rohstoffeffizienz. Falsche Anreize müssen aufgehoben werden, wie z.B. die zu geringe Belastung und die fehlende ökologische Komponente bei der steuerlichen Bewertung des geldwerten Vorteils der Dienstwagennutzung. Eine Erhöhung der Steuer auf den Energieverbrauch bzw. den CO₂-Ausstoß durch fossile Kraftstoffe und fossile Energieträger soll sich an den Anforderungen der Energieeffizienzsteigerungen orientieren, die zur Einhaltung der Reduktionsziele für eine langfristige Begrenzung der Klimaerwärmung auf 2 °C erforderlich sind. Die Einnahmen des Staates sollen damit nicht erhöht werden, vielmehr sollen zusätzliche Einnahmen im Gegenzug den Faktor Arbeit entlasten, z. B. durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. So wird ein langfristiges Signal für sparsamen Umgang mit Ressourcen gesetzt, ohne dass die Kosten für die Allgemeinheit steigen. Mögliche negative soziale Auswirkungen der ökologischen Steuerreform sollen mit entsprechenden sozialpolitischen Maßnahmen ausgeglichen werden.

- Überarbeitung des Steuerrechts

Das öffentlich-rechtliche Gemeinwesen, der Staat, erfüllt im Auftrag seiner BürgerInnen bestimmte Aufgaben wie die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen und Infrastruktur, Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit sowie das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme. Zur Finanzierung dieser Aufgaben entrichtet die BürgerInnen Steuern und Abgaben. Natürlich hat die Erhebung von Steuern auch Lenkungswirkung. Im Sinne des Zieles „Werte statt Wachstum“ wollen Grüne durch die Art und den Umfang der Steuererhebung eine Werteorientierung stützen und unqualifiziertes Wachstum hemmen. Die Lohn- und Einkommensteuer und die an Lohnzahlungen gebundenen sozialen Sicherungssysteme sind wesentliche Einnahmequellen des Staates. Sie weisen eine starke Konjunkturabhängigkeit auf. Bei schlechter Konjunktur können manche staatliche Aufgaben nur eingeschränkt erfüllt oder nur über vermehrte Schuldenaufnahme finanziert werden. Dies führt zu einer an kurzfristigen Wachstumszielen orientierten Politik. Eine im internationalen Vergleich und im Vergleich zur Lohn- und Einkommenssteuer sehr geringe Vermögensbesteuerung kann im heutigen Steuersystem in Deutschland keine stabilisierende Rolle übernehmen. Ein Umbau des Gewichtes der Steuereinnahmen zu Gunsten der Besteuerung von Lohn und Einkommen bzw. Absenkung der Sozialabgaben bei gleichzeitiger Anhebung der Vermögenssteuern (in der Summe der Steuerarten: Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer) würde die konjunkturelle Abhängigkeit staatlicher Einnahmen und den damit verbundenen Wachstumsdruck abmildern. Gleichzeitig würde die (auch) in Deutschland wachsende Ungleichheit bei Vermögensverteilung gestoppt werden.

Die konkreten Maßnahmen reichen hier von der Überprüfung der im Vergleich zum individuellen (Spitzen-)Steuersatz zu niedrigen Abgeltungssteuer über eine an den Verkehrswerten (und damit dem realen Vermögenswert) ausgerichteten Grundsteuer, bis hin zur Bürgerversicherung, die nicht nur Lohn Einkommen, sondern auch andere Einkommensarten bei der Bemessung der Abgaben für die sozialen Sicherungssysteme berücksichtigt. Auch die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital fördert kurzfristige Renditeziele und benachteiligt nachhaltige Investitionen und Anlagen. Hier muss die Unternehmenssteuerreform mit dem Ziel der Förderung

nachhaltiger Investitionen weitergeführt, genauso muss über eine Finanztransaktionssteuer der Finanzmarkt gedämpft und überbordende Spekulation verhindert werden.

- Neuorientierung der Finanzmärkte

Die auf die Wirtschaft ausgerichtete Finanzpolitik als Makler zwischen Kreditgeber (Sparer, Anleger) auf der einen und Kreditnehmer auf der anderen Seite ist in den letzten Jahren sukzessive einer kurzfristigen und am individuellen Erfolg des Finanzmarktakteurs orientierten Finanzpolitik gewichen. Der von der sogenannten Realwirtschaft abgekoppelte Finanzmarkt hat eigene Renditeziele verfolgt, dabei sind die realen Märkte unabhängig von ihren wirtschaftlichen Bewertungen Opfer der Spekulation geworden (Beispiel: Mais- und Getreidepreise), mit unerträglichen negativen Auswirkungen auf viele Menschen. Die Trennung von Verantwortung und Risiko haben zu exzessiver Spekulation, zu einem Schneeballsystem und schlussendlich beinahe zu einem Zusammenbruch der Finanzmärkte und zu tiefer weltwirtschaftlicher Rezession geführt. Getrieben waren die Märkte durch ein allein auf die Rendite der Anlage fixiertes Wachstumsziel, die Geschäftsrisiken wurden mit Hilfe von komplexen Finanzprodukten sowie der Auslagerung der Risiken in nicht der Finanzaufsicht unterstehende Tochterfirmen bewusst verschleiert. Die Bereitstellung von Finanzmitteln für nachhaltige Investitionen der Realwirtschaft wurde sogar gehemmt.

Deshalb steht die dringend notwendige Neuorientierung der Finanzmärkte nach wie vor auf der Agenda. Wir wollen ein stabiles Finanzsystem, das sich wieder als Dienstleister für die Anforderungen der Wirtschaft versteht. Fehlentscheidungen müssen auf die für diese Entscheidungen Verantwortlichen zurückfallen, damit die Risiken nicht wiederum von den SteuerzahlerInnen getragen werden müssen. Nur dann wird die Finanzwirtschaft nachhaltige Investitionen fördern. Wesentliche Säulen dieser Neuordnung sind:

- Mit höheren Eigenkapitalanforderungen ist die Verantwortlichkeit für die Banken zu erhöhen, dabei sind die Risikofaktoren gerade für die Realwirtschaft zu prüfen und neu zu justieren.
- Geldanlage bedeutet Verantwortung, deshalb müssen Nachhaltigkeitskriterien eine größere Rolle bekommen. Ratingagenturen sollen Unternehmen künftig nicht mehr nur nach ökonomischem Unternehmenserfolg bewerten, sondern auch die Nachhaltigkeitsziele des Unternehmens.
- Börsennotierte Unternehmen sollen neben ihrer wirtschaftlichen Bilanz künftig auch eine "ökologische Bilanz" und "Sozialbilanz" erstellen und diese regelmäßig fortschreiben.
- Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände

Um eine gerechte Teilhabe von Frauen zu erreichen, fordern wir deswegen ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft und eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände, bis zum Jahr 2015 zunächst 40 Prozent. Unser Ziel bleibt allerdings eine 50-Prozent-Quote.

- Einführung anderer Indizes als Ergänzung zum BIP

Die wirtschaftliche Entwicklung wird heute fast ausschließlich am Bruttoinlandsprodukt (BIP) festgemacht. Die Konzentration auf diesen Indikator führt zu einer kurzfristigen Wachstumsorientierung, die qualitative Ziele nicht ausreichend berücksichtigt und nachhaltige Entwicklung hemmt. Negativbeispiel ist die Abwrackprämie, die zwar kurzfristig zu BIP-Wachstum geführt hat aber ökologisch falsch, nicht nachhaltig und sogar für ein langfristiges Wachstum kontraproduktiv war. Die Schwäche des BIP ist auch, dass erhebliche Leistungen der Gesellschaft wie z.B. die in der Familie und ehrenamtlich geleistete Arbeiten nicht erfasst werden. Diese reproduktiven Leistungen werden gleichzeitig ausgegrenzt (in der Bewertung) und angeeignet (in der Verwertung). Unentgeltlich erbrachte Leistungen wie Pflege, Erziehung und Förderung von Gemeinschaft werden überwiegend von Frauen erbracht. Diese Aufgabe gelten als „Privatsache“ der einzelnen Haushalte und scheinen dem Markt entzogen. Es ist an der Zeit, die Bedeutung des Privaten für die Wirtschaft zu bewerten.

Auch die Verteilung von Vermögen, Gütern und Einkommen wird durch das BIP nicht erfasst. Wir Grüne wollen deshalb als Ergänzung weitere Indizes wie den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI)

entwickeln und einführen, die soziale und ökologische Bewertungen mit einschließen. Wichtig aber ist: Indizes stellen immer eine statistische Größe dar, die die Differenziertheit der Gesellschaft nicht abbildet.

- Förderung anderer Arbeitszeitmodelle: Flexibel, aber sicher

Ein zentrales Problem der heutigen Arbeitswelt ist der Stress und der Druck, der auf den ArbeitnehmerInnen in zweifacher Hinsicht lastet: Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der physische und psychische Druck zu einer guten und schnellen Arbeitserledigung. Viele Frauen sind in Teilzeit tätig, was für sie oft eine Karrierebremse darstellt, ein geringes Einkommen bedeutet und nicht zuletzt in die Armutsfalle führt, sei es im Alter oder nach dem neuen Scheidungsrecht auch im Falle einer Trennung vom Ehepartner.

Zum Abbau der Stressfaktoren sind langfristige Arbeitsplatzgarantien (so wie sie kürzlich vom Siemenskonzern gegeben wurden) anzustreben. Wir wollen die Weiterentwicklung und den Ausbau von selbstbestimmter Arbeitszeitgestaltung durch Langzeitkonten, Teilzeitoptionen oder temporäre Freistellungen, die sich an den Lebensphasen der Menschen orientieren. Modelle, die geteilte Führungspositionen vorsehen, sind uns ein besonderes Anliegen. Dadurch soll sich den Beschäftigten die Möglichkeit eröffnen, sich weiterzubilden, zu erholen oder sich beruflich neu zu orientieren. Notwendig dafür sind attraktivere und besser als bisher geschützte Kontenmodelle sowie die Erweiterung des Rechts auf Teilzeit um das Recht auf die Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung. Dabei steigen die Anforderungen an die Beschäftigten und verlangen ihnen ein hohes Maß an Flexibilität ab. Gleichzeitig verlangen auch Beschäftigte mehr Flexibilität und Spielräume von Unternehmen. Sie fordern eine neue Balance von Arbeit und Leben und wollen Phasen der Erwerbsarbeit mit Zeiten der Bildung, der beruflichen Neuorientierung oder der Familienarbeit kombinieren können. Auch das sich ändernde Rollenverständnis der Männer macht ein Umdenken nötig. Männer wollen Väter sein und ihren Teil zur Familiensorge beitragen. Dafür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen, Personalverantwortliche auf diesem Weg mitgenommen und zu einem Umdenken bewegt werden. Für die Durchsetzung und Wahrnehmung von alternativen Arbeitsmodellen und damit Teilzeitphasen weder für Frauen noch für Männer Karrierebremsen sind, müssen diskriminierungsfreie Bewertungskriterien für Arbeit eingeführt, gesellschaftliches und personalpolitisches Umdenken gefördert werden. Dafür wollen wir Weichen stellen.

- Förderung alternativer Rechts- und Eigentumsformen bei Unternehmen

Die soziale und die ökologische Verantwortung von Unternehmern wird in der klassischen Unternehmensform einer Kapital- oder Personengesellschaft nicht belohnt. Deshalb sind andere alternative Unternehmensformen wie Stiftungen und Genossenschaften und andere Unternehmensformen, die die soziale und ökologische Verantwortung des Unternehmers fördern, weiterzuentwickeln und in geeigneter Weise von staatlicher Seite zu unterstützen.

- Nachhaltigkeits-TÜV für parlamentarische Entscheidungen

Die tatsächlichen und langfristigen Folgen politischer Beschlüsse werden häufig gar nicht oder unzureichend erfasst. Ökologische, soziale oder finanzielle Auswirkungen in der Zukunft sind jedoch wichtige Entscheidungskriterien. So entstehen durch eine neue Autobahn nicht nur Baukosten, sondern auch Kosten für den Unterhalt; sie hat zudem Auswirkungen auf die Umwelt. Der Verzicht auf eine ausreichende Anzahl von SozialarbeiterInnen und PsychologInnen an den Schulen entlastet die öffentlichen Haushalte kurzfristig; die Kosten für soziale Maßnahmen in der Zukunft, die nur aufgrund der früheren Einsparung entstehen, sind jedoch oft um ein Vielfaches höher als die Spareffekte in der Gegenwart. Die beiden Beispiele zeigen, dass häufig parlamentarische und politische Entscheidungen getroffen werden, ohne die langfristigen Konsequenzen zu bedenken. Wir fordern deshalb, dass bei Entscheidungen in den Parlamenten verpflichtend auch die langfristigen Folgewirkungen als Kriterium herangezogen werden. Ein solcher Nachhaltigkeits-TÜV kann helfen, falsche Weichenstellungen zu Lasten kommender Generationen zu vermeiden. Zudem müssen wir sicherstellen, dass der nötige Umbau unserer Wirtschaft mit einer weitergehenden Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbunden

wird. Es gilt, die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben zu verbessern. Deshalb brauchen wir einen „Gender-TÜV“, mit dem Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse hin überprüft werden.

- Transparenz schaffen, VerbraucherInnen unterstützen

Viele VerbraucherInnen legen Wert auf umwelt- und klimaverträgliche Produkte. Doch oft scheitert ein bewusstes Kaufverhalten an fehlenden Informationen. Wir fordern deshalb eine klare und einfache Kennzeichnung der Konsumgüter, anhand derer die CO₂-Belastung durch Herstellung, Transport und Gebrauch sichtbar wird. Das kann mithilfe von Siegeln geschehen, die den ökologischen Fußabdruck eines Produktes abbilden. Das Thema Nachhaltigkeit sollte aber auch in die Schulen, Hochschulen und Medien getragen werden, um neue Denkprozesse anzustoßen.

- Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Regionale Wirtschaftskreisläufe sind ein wesentlicher Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem. Sie tragen nicht nur zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei, sondern bilden auch stabilere Wirtschaftsstrukturen, die weniger von Renditedruck und Verschuldung und mehr von Langfristigkeit und Vertrauen geprägt sind. Sie sind dadurch den Schwankungen der globalen Wirtschaft in geringerem Ausmaß ausgesetzt. Mit der Region kann sich der Mensch identifizieren, sie ist überschaubar und vertraut. Regionale Kreisläufe und entsprechende regionale Initiativen der BürgerInnen sollen von staatlichen Stellen unterstützt werden.

Regionale Wirtschaftskreisläufe halten Warenströme und Wertschöpfung in der Region und fördern eine „Wirtschaft der kurzen Wege“.

- Sie fördern Ressourcen schonendes Wirtschaften durch die Reduktion von Transportleistungen und damit von CO₂-Emissionen.
- Dezentral wachsende Nahrungsmittel, Rohstoffe (z.B. Holz) und dezentral vorkommende Energieträger (Sonne und Wind) brauchen keine langen Wege zur Verarbeitung, das spart Energie und Emissionen.
- Arbeitsplätze in der Region werden gehalten oder geschaffen. So steigt nicht nur die Lebensqualität – kürzere Arbeitswege tragen auch zur Verminderung von CO₂-Emissionen bei.
- Die Transparenz der Erstellung von Waren und Dienstleistungen nimmt zu und stärkt somit den Einfluss von VerbraucherInnen. So steigt mittelfristig die Qualität der Dienstleistungen und Waren – und damit auch deren Lebensdauer. Regionale, arbeitsintensive mittelständische Wirtschaftsstrukturen wie Landwirtschaft, Forst- und Holzwirtschaft, Handwerk und Einzelhandel werden aktiviert – gerade ländliche Räume können so vital gehalten werden. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklung gerade in Nord- und Ostbayern dringend notwendig.

Zentrale Bedeutung hat dabei die Energieversorgung. Diese muss wieder als kommunale Grundaufgabe verstanden werden, denn Energie ist für das Leben ähnlich wichtig wie die Versorgung mit Wasser. Die Stellung von regionalen Energieversorgern und „Stadtwerken“ muss gestärkt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen aber nicht von alleine, sondern sind auf Initiativen aus der Bevölkerung angewiesen. Diese Initiativen sehen in städtischen und ländlichen Regionen unterschiedlich aus und sollen von staatlicher Seite gefördert und unterstützt werden. Dazu zählen z.B. Bürger-Energie-Genossenschaften, die Einführung Regionaler Marken, Förderung der Direktvermarktung, Einzelhandelsgenossenschaften oder auch Regionalwährungen. Aufträge der öffentlichen Hand sollen nach regionalen Kriterien vergeben werden, solange dies mit dem Vergabericht vereinbar ist.

- Forschungspolitik auf Nachhaltigkeit ausrichten

Um das Leitbild des qualitativen Wachstums zu verankern, ist eine Forschungs- und Technologiepolitik nötig, die sich an folgenden Grundsätzen orientiert:

1. Erkenntnisorientierte und anwendungsorientierte Forschung sind für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft ausschlaggebend, müssen aber in der politischen Betrachtung unterschiedlich behandelt werden.
2. Erkenntnisorientierte Forschung hat weitreichende Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir zukünftig leben. Sie liefert einen Kanon an Wissen, der dem Verständnis der Welt dient, von selbstverschuldeter Unmündigkeit befreien kann und Grundlagen für qualitative Innovationen bietet. Sie kann als Kultur schaffend bezeichnet werden und ist ihrer kulturellen Bedeutung entsprechend zu fördern.
3. Die aktive und passive Teilnahme am Wissenschafts- und Forschungsprozess muss allen Teilen der Bevölkerung möglich gemacht werden. Bildung ist der Schlüssel, damit alle am Forschungsgeschehen teilhaben, Forschungseinrichtungen mitbestimmen und die gewonnenen Erkenntnisse verantwortungsbewusst verwenden können.
4. Die anwendungs- und produktorientierte Forschung muss durch eine unabhängige Risikoforschung begleitet werden. Qualitäts-, Nachhaltigkeits- und Effizienzstandards müssen festgelegt und umgesetzt werden. Produktrisiken und die für Mensch und Umwelt unerwünschten Begleiteffekte müssen Produkthersteller und -distributoren substantiell absichern. Ordnungsrechtliche (z.B. Haftungsregelungen) und forschungsförderpolitische Steuerungsmöglichkeiten müssen im Sinne des Verursacherprinzips konsequent genutzt werden.
5. Entscheidend mit Blick auf die Qualität ist die Art der Umsetzung der Ergebnisse anwendungsorientierten Forschung von der Hochschule hin zur industriellen Umsetzung. Eine stärkere zielgerichtete Förderung der Umsetzung von Ideen in Produkte mit hohem Qualitätsgehalt kann qualitatives Wachstum fördern. Die Vergabe von Fördermitteln und die Begünstigung von privatem Wagniskapital muss sich insbesondere an gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientieren.
6. Innovationen sollen die Entscheidungsmöglichkeiten für nachfolgende Generationen nach Möglichkeiten erhalten oder sogar erweitern. Sich als problematisch erweisende Innovationen müssen rückholbar bleiben.
7. Die durch das Wachstum global ausgelösten Veränderungen müssen von den Geistes- und Sozialwissenschaften erforscht, begleitet und bewertet werden. Es braucht eine "neue Aufklärung", um die politischen Debatten aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu führen.
8. In vielen Feldern ist eine systemische Entwicklung notwendig (z.B. Elektroauto - benötigt Batterietechnik, Leistungselektronik, Antriebstechnik, Ladetechnik, ...). Die Entwicklung insbesondere von Infrastrukturen muss so koordiniert werden, dass Entwicklungssprünge hin zu mehr Qualität möglich sind.
9. Zu kurze Innovationszyklen sind oft kontraproduktiv für die nachhaltige, auf qualitatives Wachstum ausgerichtete Entwicklung. Sie können die Produktqualität vermindern und sind im Allgemeinen nur möglich, wenn die notwendige Risikobegleitforschung vernachlässigt wird. Deshalb legen wir Wert auf eine maßvolle, sich an der Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen ausgerichtete Forschungs- und Innovationspolitik.
10. Das Leitbild der nachhaltigen Ökonomie soll bei der Ausbildung der Betriebs- und Volkswirte an den Hochschulen angemessen berücksichtigt werden.